

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

**Rechtsmittel im Anliegerbeitragsverfahren zurücknehmen,
tragfähige dauerhafte Lösung herstellen**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1216 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- das Rechtsmittel in dem Verwaltungsstreitverfahren gegen Anlieger des Eisenbahnwegs zurückzunehmen und das zweitinstanzliche Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 26.11.2008 – 5 UE 291/07 – für alle Anlieger zu akzeptieren;
- mit den Nachbargemeinden, mit denen gemeinsame Grenzstraßen bestehen, Regelungen zu treffen, die die Straßenbaulasten und Unterhaltungskosten in einer Weise aufteilen, die eine Benachteiligung der Anlieger von Grenzstraßen ausschließt.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

Nicht anwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Rechtsmittel im Anliegerbeitragsverfahren zurücknehmen, tragfähige dauerhafte Lösung herstellen, 101.16.1216, wird **abgelehnt**.